

## Religionsunterricht

# Für Abitur kann im Notfall Kurs anderer Konfession besucht werden

Im Schuljahr 1998/99 sind im Bereich des Gymnasiums in Nordrhein-Westfalen 40 Lehrkräfte mit Lehrbefähigung für Evangelische Religionslehre in der Sekundarstufe I und 13 in der Sekundarstufe II eingestellt worden. Im gleichen Zeitraum wurden für Katholische Religionslehre 53 Stellen in der Sekundarstufe I sowie 18 in der Sekundarstufe II mit Lehrkräften besetzt, die die Lehrbefähigung für Katholische Religionslehre haben. Darauf verweist Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Klaus Stallmann. Der Oppositionspolitiker hatte verdeutlicht, dass katholischer wie evangelischer Religionsunterricht als gleichwertige und gleichberechtigte Lehrfächer Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule in der gymnasialen Oberstufe sei. Daher könnten Schülerinnen und Schüler am Gymnasium Religion als Leistungsfach, als drittes und viertes Abiturfach wählen. Mit Freude habe er festgestellt, dass Schülerinnen und Schüler Religion verstärkt als Leistungsfach bzw. Abiturfach wählen wollten. Der Abgeordnete beklagt indessen, dass ihnen dies allerdings oft ausgedreht werde. Kurse in evangelischer bzw. katholischer Religionslehre würden in der Jahrgangsstufe 13 zusammengelegt, in Beratungsgesprächen würde auf die Unmöglichkeit der Wahl des Faches Religionslehre als Abiturfach hingewiesen. Frau Behler räumt ein, zur Aufrechterhaltung von Schullaufbahnen seien mit den Kirchen Sonderregelungen vereinbart worden, nach denen es zulässig sei, im Einvernehmen mit der Lehrkraft des aufnehmenden Kurses in den Kurs des jeweils anderen Bekenntnisses überzugehen, wenn anders die Fortsetzung des Abiturskurses der jeweils eigenen Konfession in der Jahrgangsstufe 13 nicht möglich sei (Drs. 12/4198).

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
 8 84 30 22  
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags  
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

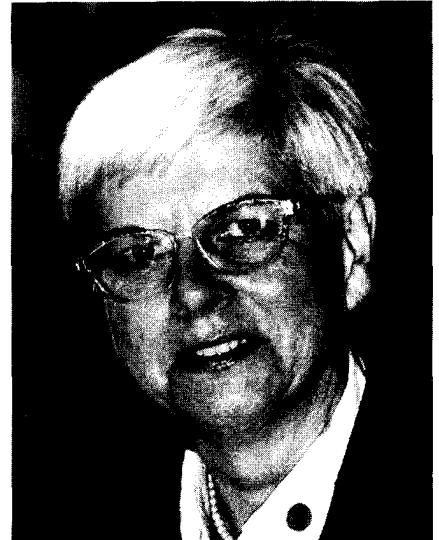
Die oft leidvollen Erfahrungen als Halbwaise im Nachkriegsdeutschland – der Vater war gefallen – haben bei Marianne Dohmen schon in frühen Jahren das Interesse für Politik geweckt. Bereits als Dreizehnjährige hörte die gebürtige Mönchengladbacherin, Jahrgang 1937, die Bundestagsdebatten im Radio, und in der Realschule betätigte sie sich in politischen Arbeitskreisen. Doch nach dem Besuch einer Fachoberschule für Hauswirtschaft standen für die Sozialdemokratin zunächst Beruf und Familie im Vordergrund.

So arbeitete sie zunächst als Betriebsleiterin in einem Textil-Unternehmen und übernahm dann ein Arbeiterinnenwohnheim für ausländische Mitarbeiterinnen. Ihre Aufgabe sah Marianne Dohmen nicht nur in der Kontaktpflege zwischen dem Arbeitgeber und seinen Beschäftigten, sondern auch darin, den Ausländerinnen zu helfen, dass sie sich in ihrer neuen, ungewohnten Umgebung möglichst wohl fühlten. Nach der Geburt von zwei Töchtern konzentrierte sie sich auf deren Betreuung. „Die Familie ist für mich sehr wichtig.“

Doch das Interesse an der Politik blieb, und da die Mönchengladbacherin auch „mitgestalten“ wollte, entschloss sie sich 1974, einer Partei beizutreten – der SPD. Aufgrund der eigenen beruflichen Erfahrungen engagierte sie sich sogleich bei der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“. In mehreren Führungsfunktionen setzte sich Marianne Dohmen für die damals noch mangelhafte Gleichberechtigung der Frauen ein und kämpft heute für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Das klappt noch immer nicht.“

Mehrere Jahre in einer Bezirksvertretung ihrer Heimatstadt tätig, wurde die Sozialdemokratin 1989 in den Stadtrat gewählt, wo sie sich auf die Bereiche Umwelt und Kultur konzentrierte. Als sie im letzten Jahr über die Landesresserveliste ihrer Partei in den Landtag nachrückte, musste sie wegen eines entsprechenden Unvereinbarkeitsbeschlusses des Unterbezirkes ihr Ratsmandat niederlegen.

Zwar wäre es nach ihrer Einschätzung schwierig, beide Mandate auszuüben, doch hält sie andererseits eine Verzahnung von kommunalem und landespolitischem Wirken für sehr wichtig. Da sie als sogenannte sachkundige Bürgerin noch dem städtischen Kulturausschuss und damit auch der Ratsfraktion angehört, ist sie



Marianne Dohmen (SPD)

vom kommunalen Geschehen „nicht ganz losgelöst“.

Aber auch als Landtagsabgeordnete versucht die Sozialdemokratin einen möglichst engen Kontakt zu den Bürgern zu halten. So richtete sie unmittelbar nach ihrem Einzug ins Landesparlament ein „Bürgerbüro“ in ihrer Heimatstadt ein, das inzwischen die Anlaufstelle für zahlreiche Bürger und ihre Anliegen geworden ist.

Die SPD-Fraktion berief die Mönchengladbacherin in den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung. Sie tritt für eine stärkere Öffnung der Hochschulen hin zu der Wirtschaft ein. So könnten deren Erkenntnisse besser von den Betrieben genutzt werden. Eine solche Verzahnung sei auch eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. „Beide müssen sich gegenseitig ergänzen.“

Im Kulturausschuss macht sich Marianne Dohmen für die Vielfalt kultureller Einrichtungen in den Städten und Gemeinden stark. „Sie machen die Kommunen erst liebenswert.“ Auch für die Wirtschaftsförderung seien sie wichtig. Dabei brauchten nicht alle Einrichtungen auf „hohem künstlerischen Niveau“ sein, meint die Abgeordnete.

In ihrer Freizeit ist die Sozialdemokratin eine begeisterte Radlerin. Gemeinsam mit ihrem Ehemann entspannt sie sich auf solchen Radtouren. „Und man entdeckt am Niederrhein immer etwas Neues ...“

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)